

1623/J

der Abgeordneten Mag. Johann Maier
und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend der notwendigen Novellierung der Reisebürosicherungsverordnung aufgrund „der unvollständigen Umsetzung der Pauschalreiserichtlinie (90/314/EWG) durch den Wirtschaftsminister“

Mit 1. Jänner 1995 trat in Österreich diese Reisebürosicherungsverordnung" - mit der Artikel 7 der Pauschalreiserichtlinie (90/314/EWG) umgesetzt werden sollte - in Kraft. Sie wurde vom damaligen Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Schüssel erlassen. Diese ist auf Pauschalreisen anzuwenden, die nach dem 1. Jänner 1995 gebucht wurden und deren Abreisetermin frühestens mit 1. Mai 1995 festgesetzt ist. Nach Artikel 7 hat der Veranstalter und/oder Vermittler, der Vertragspartei ist, nachzuweisen, daß im Fall der Zahlungsunfähigkeit oder des Konkurses die Erstattung gezahlter Beträge und die Rückreise des Verbrauchers sichergestellt sind. Nach Artikel 8 können die Mitgliedstaaten in dem unter diese Richtlinie fallenden Bereich sogar strengere Vorschriften zum Schutz des Verbrauchers erlassen oder aufrechterhalten.

Mit der „Reisebürosicherungsverordnung“ sollen damit Teilnehmer von Pauschalreisen im Insolvenzfall des Reiseveranstalters geschützt werden. Die Absicherung der Konsumenteninteressen soll entweder durch einen Versicherungsvertrag oder durch Abdeckung durch Bankgarantie oder Garantieerklärung einer Körperschaft öffentlichen Rechts erfolgen. Der Reiseveranstalter hat weiters in den von ihm verwendeten detaillierten Werbeunterlagen das Versicherungsunternehmen, die Polizzennummer sowie die Stelle anzugeben, an die sich der Reisende zwecks Abwicklung seiner Ansprüche wenden kann. Weiters hat er dem Reisenden bei der Buchung eine Bestätigung auszufolgen, in der die vorgenannten Angaben enthalten sind.

Bereits 1994 wurde bezweifelt, daß mit der Reisebürosicherungsverordnung die Pauschalreiserichtlinie durch den Wirtschaftsminister vollständig umgesetzt wurde. Diese Kritik teilte auch das Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz. So sind bislang die Reiseveranstalter nur verpflichtet, lediglich einen gewissen Prozentsatz ihres Vorjahresumsatzes mittels Versicherung oä. abzusichern. Ob die vorgegebenen Prozentsätze aber in jedem der bekannten Konkursfälle von Reisebüros ausreichend waren, war - mangels entsprechender Kontrolle - in keiner Weise sichergestellt. Auch Bonitätsprüfungen waren nicht vorgesehen.

Nachdem die Defizite dieser Reisebürosicherungsverordnung - gerade aufgrund der Konkurse von Arena Clubreisen und Karthago Reisen GmbH - nicht mehr zu übersehen waren, kam es zu einer Novellierung (BGBl. 1996/170). Dabei wurde zwar die quartalsmäßige Berechnung der Versicherungssumme geändert, das System aber grundsätzlich beibehalten. Es kam auch zu einer Newcomer-Regelung. Kontrollen, die die Einhaltung der Bestimmungen dieser Verordnung sicherstellen sollen, sind aber weiterhin nicht vorgesehen.

Obwohl die genannten insolventen Reiseveranstalter Maßnahmen zur Insolvenzversicherung - allerdings unvollständige - getroffen haben, wird es nur zu einer anteilmäßigen Befriedigung der Ansprüche der betroffenen und geschädigten Urlauber kommen. Ungeklärt ist die Situation bei den Konkursen von Itas-Reisen und Ortner Reisen.

Nach einer Studie von Dun & Bradstreet ist in Österreich jedes 5. Reiseunternehmen insolvenzgefährdet. Nach den Insolvenzen von Arena Reisen, Karthago Reisen, Ortner Reisen dürfte der ITAS-Konkurs nicht der letzte in dieser Branche gewesen sein. Nach diesen Konkursen muß daher zu Recht die Frage aufgeworfen werden, ob die österreichische Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen (90/314/EWG) zur Sicherung der bereits entrichteten Zahlungen und des Rücktransportes des Reisenden im

Falle einer Pauschalreise bei Zahlungsunfähigkeit oder Konkurs des Reisebürounternehmers vollständig - entsprechend der o.g. Richtlinie - erfolgt ist.

Geschädigte Privatpersonen führen aufgrund der „Arena-Insolvenz“ bereits Musterprozesse (Staatshaftungsverfahren) gegenüber der Republik Österreich wegen unvollständiger Umsetzung der Pauschalreiserichtlinie durch den Wirtschaftsminister; Auch Staatshaftungsverfahren aufgrund der „Itas-Insolvenz“ werden bereits vorbereitet. Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) führt überdies einen Musterprozeß im Auftrag der Bundesarbeitskammer, ob sogenannte Doppelzahlungen vor Ort als notwendige Kosten der Rückreise zu sehen sind.

Die Bundesrepublik Deutschland wurde vor kurzem durch eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes wegen der verspäteten und unvollständigen Umsetzung der Pauschalreiserichtlinie verurteilt, die Pleiteopfer des Reiseveranstalters MP Travel Line zu entschädigen. Schaden ca. 12 Mio DM, den die Steuerzahler zu begleichen haben. Eine Verurteilung der Republik Österreich ist - gerade nach diesem Urteil - daher in Staatshaftungsverfahren absolut nicht mehr auszuschließen !

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage:

1. Ist Ihnen bekannt, daß gegen die Republik Österreich sogenannte Staatshaftungsverfahren wegen mangelnder Umsetzung der Pauschalreise - RL angestrengt wurden ?
2. Haben Sie einen derartigen Bericht bereits von der Finanzprokuratorat erhalten ?
3. Wenn ja, wie lautet dieser Bericht ?
4. Welche Maßnahmen werden Sie vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten einfordern, um die Einhaltung dieser europäischen Konsumentenschutzbestimmungen in dieser Verordnung österreichweit sicherzustellen, damit zumindest für die Zukunft sogenannte Staatshaftungsverfahren ausgeschlossen werden können ?
5. Sind Sie bereit, für die Novellierung der „Reisebürosicherungsverordnung“ gegenüber dem Wirtschaftsministerium dahingehend einzutreten, daß die Richtigkeit der Angaben und vor allem aber, ob die gewählte Höhe der Versicherungs- und Garantiesummen zumindest den jeweils gültigen gesetzlichen Bestimmungen entspricht und regelmäßigen Kontrollen unterworfen ist?
6. Sind Sie bereit für die Novellierung der „Reisebürosicherungsverordnung“ gegenüber dem Wirtschaftsministerium dahingehend einzutreten, daß Gelder, die für den bereits konsumierten Aufenthalt von ausländischen Hoteliers zusätzlich vor Ort abgepreßt werden, auch aus der „Insolvenzversicherung“ bezahlt werden müssen.
7. Wenn nein, handelt es sich Ihrer Auffassung nach bei diesen Geldern nicht um „notwendige Aufwendungen für die Rückreise“ i.S. der Pauschalreiserichtlinie?
8. Oder sind diese Aufwendungen Ihrer Auffassung nach „als notwendige Aufwendungen für die Rückreise“ anzusehen, da ansonsten die Rückreise von den Urlaubern überhaupt nicht vorgenommen werden kann?
9. Sind Sie bereit für die Novellierung der Reisebürosicherungsverordnung dahingehend gegenüber dem Wirtschaftsministerium einzutreten, daß Urlauber im Konkursfall des Veranstalters bis Urlaubsende am Urlaubsort verbleiben können und nicht vorzeitig ihre Rückreise antreten müssen?

10. Sind Sie bereit für die Novellierung der „Reisebürosicherungsverordnung“ dahingehend gegenüber dem Wirtschaftsministerium einzutreten, daß im Konkursfall des Veranstalters auch der restliche Aufenthalt vor Ort von der Insolvenzversicherung garantiert und der Urlaub nicht vorzeitig abgebrochen werden muß?
11. Sind Sie bereit für die Novellierung der „Reisebürosicherungsverordnung“ dahingehend gegenüber dem Wirtschaftsministerium einzutreten, daß Schadens- und Gewährleistungsansprüche, die bislang nur im Konkursverfahren angemeldet und höchstens anteilig befriedigt werden können, ebenfalls von der „Insolvenzversicherung“ erfaßt werden?
12. Sind Sie bereit für die Novellierung der „Reisebürosicherungsverordnung“ dahingehend gegenüber dem Wirtschaftsministerium einzutreten, daß Urlauber bezahlte - jedoch nicht konsumierte - Leistungen wegen vorzeitiger Rückreise aus dem Titel des Schadenersatzes von der Insolvenzversicherung zurückerstattet bekommen?
13. Sind Sie bereit - da die Reiseveranstalter durch die österreichische Reisebürosicherungsverordnung bislang lediglich verpflichtet sind, einen Teil ihres Umsatzes für den Fall der Insolvenz abzusichern -, eine Schirmversicherung aller Reiseveranstalter, mit der jedes verbleibende Kundenrisiko abgedeckt werden soll, im Rahmen dieser Novelle von Wirtschaftsministerium einzufordern ?
14. Wie hoch schätzen Sie bzw. die Finanzprokuratur die Schadenersatzansprüche österreichischer Urlauber aufgrund der Konkurse von den gen. Reisebüros gegenüber der Republik Österreich ein ?
15. Wo und in welcher Form wurde in den Bundesbudgets 1996/ und 1997 den möglichen Forderungen geschädigter österreichischer Staatsbürger aufgrund von Staatshaftungsverfahren (z.B. Pauschalreise-RL) Rechnung getragen ?
16. Wenn nein, warum nicht ?
17. Ist zumindest für das Budget 1998 geplant, für derartige Staatshaftungsverfahren im Budget Vorsorge zu treffen ?
18. Wenn ja, welchem Fachbudget wird dies zugerechnet und wo wird dies budgetiert ?